

63/79.223 n Bundesverfassung. Schweizerbürgerrecht (Weber-Altdorf), vom 23. März 1979

In Anwendung von Artikel 21^{bis} GVG stelle ich dem Rate den Antrag:

Artikel 44 Absatz 3 der Bundesverfassung sei neu wie folgt zu fassen:

³ Die Bundesgesetzgebung kann bestimmen, unter welchen Voraussetzungen das Kind einer Mutter, die von Abstammung Schweizer Bürgerin war, mit der Geburt das Schweizer Bürgerrecht erwirbt.

N Zbinden, Blunschy, Bonnard, Christinat, Deneys, Duboule, Freiburghaus, Kaufmann, Kohler Raoul, Luchinger, Müller-Aargau, Reimann, Roth, Trottmann, Waldner, Weber-Altdorf, Weber-Arbon (17)

64/79.224 n Atomgesetz. Ergänzung (Jaeger) vom 5. Juni 1979.

Der Bundesbeschluss zum Atomgesetz vom 6. Oktober 1978 wird wie folgt ergänzt:

Art. 8 Abs. 3 (neu)

³ Die Zustimmung zur Rahmenbewilligung durch die Bundesversammlung erfolgt in der Form eines allgemeinverbindlichen Bundesbeschlusses.

N Mugny, Auer, Basler, Bürer, de Chastonay, Duboule, Dürr, Euler, Gautier, Gerwig, Jaeger, Künzi, Meizoz, Morf, Muff, Pini, Roth, Schaffer, Weber Leo (19)

65/79.225 n Atomgesetz. Ergänzung (Gerwig), vom 7. Juni 1979

Der Bundesbeschluss zum Atomgesetz vom 6. Oktober 1978 wird wie folgt ergänzt:

Art. 8 Abs. 3 (neu)

³ Die Genehmigung der Bundesversammlung erfolgt in der Form eines allgemeinverbindlichen Bundesbeschlusses.

N Mugny, Auer, Basler, Bürer, de Chastonay, Duboule, Dürr, Euler, Gautier, Gerwig, Jaeger, Künzi, Meizoz, Morf, Muff, Pini, Roth, Schaffer, Weber Leo (19)

66/79.226 n Selbständige Einbürgerung der Ehefrau (Paganì), vom 18. Juni 1979

Gestützt auf Artikel 21^{bis} GVG wird beantragt, den Artikel 32 des Bundesgesetzes vom 29. September 1952 über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts aufzuheben.

N Zbinden, Blunschy, Bonnard, Christinat, Deneys, Duboule, Freiburghaus, Kaufmann, Kohler Raoul, Luchinger, Müller-Aargau, Reimann, Roth, Trottmann, Waldner, Weber-Altdorf, Weber-Arbon (17)

67/79.227 n Atomgesetz. Ergänzung (Morf), vom 19. Juni 1979

Im Sinne von Artikel 21^{sexies} des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 27 des Geschäftsreglementes unterbreite ich die folgende parlamentarische Einzelinitiative in Form einer allgemeinen Anregung zur Ergänzung des Atomgesetzes vom 6. Oktober 1978:

In Artikel 12 der Übergangsbestimmungen sei zusätzlich vorzukehren, dass schon für die Erteilung einer Rahmenbewilligung, und nicht erst bei der Inbetriebnahmebewilligung, ein Projekt vorliegen muss, das für dauernde sichere Entsorgung und Endlagerung der aus der Anlage stammenden radioaktiven Abfälle Gewähr bietet. Gleichzeitig muss die Stilllegung sowie der allfällige Abbruch ausgedienter Anlagen geregelt sein. Diese gesetzliche Regelung muss sich auch auf das im Bau befindliche Atomkraftwerk Leibstadt in dem Sinn

auswirken, dass die Inbetriebnahmebewilligung dieses Atomkraftwerks ebenfalls erst erteilt werden kann, wenn diese zusätzlichen Bedingungen erfüllt sind.

N Mugny, Auer, Basler, Bürer, de Chastonay, Duboule, Dürr, Euler, Gautier, Gerwig, Jaeger, Künzi, Meizoz, Morf, Muff, Pini, Roth, Schaffer, Weber Leo (19)

*** 68/79.228 n Geschäftsreglement des Nationalrates (Gerwig), vom 17. September 1979.**

Da anscheinend Pressefreiheit und Redaktionsgeheimnis vom Bureau bestritten werden, reiche ich folgende unformulierte Einzelinitiative ein:

«Art. 50 des Geschäftsreglementes des Nationalrates ist dahin zu ändern und zu präzisieren, dass die Pressefreiheit und das Redaktionsgeheimnis in vollem Umfang gewährleistet sind.»

*** 69/79.229 n Bundesstadt. Rechtsstellung (Crevoisier), vom 25. September 1979**

Gemäss Artikel 21^{sexies} des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 27 des Reglementes des Nationalrates reiche ich eine parlamentarische Initiative in der Form der allgemeinen Anregung ein und beantrage, die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit ein Statut für die Bundesstadt erlassen und möglichst bald in Kraft gesetzt werden kann.

Dieses Statut – es ist durch die Erweiterung der Bundesverwaltung in den letzten Jahrzehnten unerlässlich geworden – soll neben den Vorteilen und Anrechten, die der als Sitz der Bundesbehörden bestimmten Stadt zufallen, auch die ihr auferlegten Pflichten nennen. Zudem soll es alle Massnahmen anführen, die gewährleisten, dass alle in der Stadt wohnenden Behördenmitglieder und Beamten, welcher Sprachgemeinschaft sie auch angehören, gleiche Möglichkeiten und Verhältnisse vorfinden.

So soll dieses Statut z.B. festhalten,

- a. die Verpflichtung, dass die Bundesstadt mit Unterstützung des Kantons Primar-, Sekundar- und Mittelschulen schafft, unterhält und finanziert, die ein vollständiges Unterrichtsprogramm in allen von der Bundesverfassung anerkannten Amtssprachen anbieten;
- b. das Gebot, alle in und an öffentlichen Einrichtungen und Gebäuden angeschlagenen Informationen in den Amtssprachen des Bundes abzufassen;
- c. die Pflicht, alle Unterlagen für Gemeinde- und Kantonswahlen in den Amtssprachen herauszugeben, solange die Bundesbeamten, die in der Bundesstadt wohnen, in ihrem Herkunftskanton weder das aktive noch das passive Wahlrecht haben;
- d. die Verpflichtung, im Hinblick auf eine ausgewogene Vertretung der Sprachgemeinschaften und Kantone auf allen Stufen der Bundesverwaltung den Beamten aus anderen Kantonen gleich wie den internationalen Funktionären vor allem gewisse materielle Vorteile zu gewähren und damit verbesserte Lebensbedingungen zu bieten.

*** 70/79.230 n Bürgerrecht der Kinder mit Schweizer Mutter und ausländischem Vater (Christinat), vom 1. Oktober 1979**

Gestützt auf Artikel 21^{bis} des Geschäftsverkehrsgesetzes beantrage ich, die Artikel 5 und 57 des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechts vom 29. September 1952 wie folgt zu ändern:

Art. 5 Abs. 1a

- a. wenn die Mutter Schweizer Bürgerin ist.

Art. 57 Abs. 6

⁶ Hat das Kind eines ausländischen Vaters und einer schweizerischen Mutter im Zeitpunkt des Inkrafttretens

des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1976 über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches das 23. Altersjahr noch nicht zurückgelegt, so kann es vom 1. Januar 1980 an innert eines Jahres bei der zuständigen Behörde des Heimatkantons der Mutter die Anerkennung als Schweizer Bürger beantragen. Artikel 34 ist sinngemäss anzuwenden.

* **71/79.231n Tunnelgebühren (Weber Leo), vom 4. Oktober 1979**

Gestützt auf Artikel 21^{sexies} des Geschäftsverkehrsgesetzes unterbreite ich die folgende parlamentarische Einzelinitiative:

Die Bundesverfassung sei mit einer Bestimmung zu ergänzen, die den Bund verpflichtet, für die Durchfahrt durch die Alpentunnel Gebühren zu erheben. Diese sollen die Betriebs- und Unterhaltskosten dieser Bauwerke decken und damit Kantone und Bund von den entsprechenden Kosten entlasten. Für den nachbarschaftlichen Verkehr sind Erleichterungen vorzusehen.

Ständerat

72/77.232 s Nationalstrassengesetz. Fuss- und Wanderwege (Dillier), vom 13. Dezember 1977

Das Bundesgesetz über die Nationalstrassen vom 8. März 1960 (SR 725.11) wird wie folgt ergänzt:

Art. 48^{bis}

4. Fuss- und Wanderwege ¹ Werden bestehende Fuss- oder Wanderwege durch Anlagen von Nationalstrassen beeinträchtigt, so ist durch Unterführungen, Umleitungen oder andere Massnahmen für ihre Fortbenützung zu sorgen.

² Die Kosten fallen zu Lasten der Nationalstrasse.

S Morier-Genoud, Andermatt, Bächtold, Dillier, Graf, Hofmann, Knüsel, Meier, Péquignot, Reverdin, Ulrich (11)

1979 6. März: Die Kommission setzt ihre Beratungen vorläufig aus.

73/78.234 s Geschäftsreglement des Ständerates. Ergänzung (Muheim), vom 6. Dezember 1978

Gestützt auf Artikel 93 Absatz 1 der Schweizerischen Bundesverfassung und in Nachachtung der Artikel 21^{bis} ff des Geschäftsverkehrsgesetzes unterbreite ich hiermit die Allgemeine Anregung es sei das Geschäftsreglement des Ständerates teilweise zu ändern resp. zu ergänzen.

Dadurch seien die Anregungen der parlamentarischen Kommission «Zukunft des Parlaments» in ihrem Schlussbericht vom 29. Juni 1978 zu verwirklichen.

S Büro erweitert durch: Broger, Donzé, Genoud, Muheim, Munz, Weber

Departement für auswärtige Angelegenheiten

× **74/79.016 n Internationale Entwicklungsbanken. Beteiligung**

Botschaft und Beschlussesentwurf vom 12. März 1979 (BBl I, 873) über die Beteiligung der Schweiz an der Kapitalerhöhung der Asiatischen, der Interamerikanischen sowie der Afrikanischen Entwicklungsbank.

N/S Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten

1979 11. Juni. Beschluss des Nationalrates nach Entwurf des Bundesrates.

1979 26. September. Beschluss des Ständerates: Zustimmung.

Bundesblatt II, 1026

75/79.017 s UNO. Umweltfonds. Beteiligung

Botschaft und Beschlussesentwurf vom 12. März 1979 (BBl I, 1141) über die Weiterführung der Beteiligung der Schweiz am Fonds des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen.

N/S Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten

76/79.029 n Europarat. Übereinkommen

Botschaft und Beschlussesentwurf vom 9. Juni 1979 (BBl II, 109) betreffend zwei Übereinkommen des Europarates.

N/S Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten

1979 25. September. Beschluss des Nationalrates nach Entwurf des Bundesrates.

77/79.034 s Autobahnen im Raum Basel. Verträge mit der Bundesrepublik Deutschland

Botschaft und Beschlussesentwürfe vom 23. Mai 1979 (BBl II, 305) betreffend zwei Verträge mit der Bundesrepublik Deutschland über die Strasse zwischen Lörrach und Weil am Rhein auf schweizerischem Gebiet und über den Autobahnzusammenschluss im Raum Basel und Weil am Rhein.

N/S Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten

1979 26. September. Beschluss des Ständerates nach Entwurf des Bundesrates.

* **78/79.044 s Internationales Konferenzzentrum Genf. Organisation**

Botschaft und Beschlussesentwurf vom 11. Juli 1979 (BBl II, 821) über die kostenlose Benützung des Internationalen Konferenzentrums von Genf (CICG).

N/S Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten

* **79/79.059 n Entschädigungsforderungen gegenüber dem Ausland. BG**

Botschaft und Gesetzesentwurf vom 17. September 1979 (BBl II,) über die Abgeltung von Entschädigungsforderungen gegenüber dem Ausland.

N Gloor, Blunschy, Braunschweig, Butty, Christinat, Früh, Gautier, Hösli, Kloter, Kohler Raoul, Koller Arnold, Lüchinger, Merz, Muff, Pini, Schmid-St. Gallen, Teuscher, Wilhelm, Ziegler-Solothurn (19)

S

Departement des Innern

80/75.099 n Berufliche Vorsorge. Bundesgesetz

Botschaft und Gesetzesentwurf vom 19. Dezember 1975 (BBl 1976 I, 149) über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenfürsorge.

Herbstsession 1979

Session d'automne 1979

Sessione autunnale 1979

| | |
|----------|----------------------------------|
| In | Übersicht über die Verhandlungen |
| Dans | Résumé des délibérations |
| In | Riassunto delle deliberazioni |
| Jahr | 1979 |
| Année | |
| Anno | |
| Session | Herbstsession 1979 |
| Session | Session d'automne 1979 |
| Sessione | Sessione autunnale 1979 |
| Seite | 1-80 |
| Page | |
| Pagina | |
| Ref. No | 110 001 427 |

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv und die Parlamentsdienste digitalisiert.
Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses et les Services du Parlement.
Il documento è stato digitalizzato dall'Archivio federale svizzero e dai Servizi del Parlamento.